

Weltrundschau : gefährliche Stockung ; Westliche Strategie ; Russische Deutschlandpolitik ; Am Balkan ; Französischer Kolonialismus ; Orientfrage - Labours Versagen

Autor(en): **Kramer, Hugo**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **49 (1955)**

Heft 11

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-140035>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

seelische Vollkommenheit in Gott, das Nirwana unserer Vorstellung. Der Mensch ist ein Instrument des Friedens, da er die geistige und seelische Fähigkeit besitzt, den Zustand des Vollkommenen und Ewigen zu erkennen und sich ihm anzunähern. Dabei ist die helfende Kraft nicht der Verstand, sondern die Erkenntnis der Liebe und des göttlichen friedlichen Waltens.

Erich Bloch.

NB. Es heißt u. a. in meiner Betrachtung: «Wir können den Zeitengang beschleunigen, durch eine Weltanschauung, die alle halbwertigen Begriffe und Zweifel, daß der Krieg Lösungen bringt, beseitigen.» Jeder Schuljunge wird sofort im Bilde sein, was hier ausgesagt ist, und bemerken, daß das Wort «Zweifel» hier ein lapsus calamitatis, ein stehengebliebener Diktatfehler, ist.

WELTRUNDSCHAU

Gefährliche Stockung Während ich mich anschicke, meinen Rundblick über die politische Weltlage anzustellen, geht die *Genfer Außenministerkonferenz* in einer Stimmung resignierter Verbitterung ihrem Ende entgegen. Von Anfang an hat ja niemand so recht geglaubt, daß aus den neuen Genfer Verhandlungen ein greifbares positives Ergebnis herausspringen werde. Aber nun, da der Mißerfolg sozusagen protokollarisch festgestellt ist, macht sich doch weithin ein ausgesprochener Pessimismus geltend, der in nur zu krassem Gegensatz zu dem hochgespannten Optimismus steht, mit dem überall in der Welt die Genfer Julikonferenz der «Vier Großen» begrüßt wurde. Ich habe damals an dieser Stelle gleich vor *übertriebenen Hoffnungen* gewarnt, die etwa an jene erste Konferenz geknüpft würden. Um so mehr muß jetzt vor übertriebenem Pessimismus gewarnt werden, ist es doch ganz deutlich sichtbar ein *eigentlicher Zweckpessimismus*, der von der westmächtlichen Propaganda in der öffentlichen Meinung erzeugt werden will. Man stellt es ja nun so dar, als ob Molotows Weigerung, die westlichen Vorschläge für die Lösung des deutschen und des europäischen Problems anzunehmen, die Schuld am Scheitern der neuen Verhandlungen trage, obwohl man genau weiß, daß die Sowjetunion hätte direkt die Waffen strecken müssen, wenn sie dem halb schlauen, halb plumpen Plan der westmächtlichen Diplomatie ihre Zustimmung gegeben hätte. Mit mindestens dem gleichen Recht, mit dem man jetzt den Russen die Verantwortung für die heutige Lage aufladen will, kann man sie also den drei Westmächten zuschieben, die in Genf im Grunde keine anderen Vorschläge zu machen hatten als die, welche sie schon Anfang 1954 in Berlin machten, und von denen ihnen durchaus klar war, daß die Sowjetunion sie ablehnen mußte.

Doch möchte ich ja nicht auf den Verlauf der Genfer Konferenz im einzelnen eintreten; das liegt außerhalb des Zweckes dieser Rundschau. Ich möchte nur wieder dazu auffordern, sich immer die großen Linien zu vergegenwärtigen, auf denen sich, wie in der internationalen Auseinandersetzung überhaupt, so auch in den Genfer Besprechungen das zähe Ringen zwischen Ost und West bewegt. Das ist doppelt nötig darum, weil unsere Presse über Genf alles andere als sachlich, objektiv berichtet hat. Ihre Meldungen über den Fortgang der Konferenz waren immer von äußerst tendenziösen und polemischen Kommentaren durchsetzt, statt daß Berichterstattung und Beurteilung sauber voneinander getrennt gewesen wären nach der bewährten Regel eines großen englischen Journalisten: Facts are sacred, but comment is free (die Tatsachen sind heilig, aber der Kommentar ist frei). Wir wollen deshalb vor allen Dingen die klare Tatsache festhalten, daß die drei *Westmächte* in Genf unverrückt auf ihr altes Hauptziel hinsteuerten, die Russen zuerst aus Ostdeutschland und dann womöglich auch aus ihren anderen osteuropäischen Machtstellungen hinauszudrängen, um sich selbst an ihre Stelle zu setzen – vorderhand einmal durch den Anschluß eines vereinigten Gesamtdeutschlands an den westlichen Militärblock, der damit bis an die Oder oder Neiße vorgeschoben würde*. Das Mittel dazu sollen bekanntlich die sogenannten «freien Wahlen» in den Ländern mit kommunistischem Regime sein, insbesondere in Ostdeutschland, dessen Bevölkerung, wie allgemein angenommen wird, zusammen mit derjenigen Westdeutschlands eine entschieden westlich orientierte Parlamentsmehrheit und eine entsprechende gesamtdeutsche Regierung sichern werde, worauf dann der förmlichen Eingliederung dieses «neuen» Deutschlands in die NATO – die Nordatlantische Vertragsorganisation – nichts mehr im Wege stehen würde. Diesem Zweck dienen auch die westmächtlichen Vorschläge für einen ungehinderten «Austausch von Gedanken und Meinungen» zwischen West und Ost, Vorschläge, die auf nichts anderes hinauslaufen als auf die Herstellung voller Freiheit der westlichen Propaganda in ganz Osteuropa.

Für die Leiter der *Sowjetpolitik* andererseits ist es heute ausgemacht, daß eine Einigung Deutschlands nur in Frage kommt, wenn vorher oder mindestens gleichzeitig Deutschland neutralisiert, das heißt als friedensgefährliche Militärmacht ausgeschaltet und ein für beide Teile

* Der republikanische Führer im amerikanischen Senat, William Knowland, einer der einflußreichsten Gestalten der USA-Politik, sagte noch am 8. November in einer Rede in Miami: «Nach meiner Auffassung sollte kein europäischer Sicherheitspakt abgeschlossen werden, bis die sowjetischen Streitkräfte aus den Satellitenstaaten Osteuropas zurückgezogen sind, wie es ihre vertragliche Pflicht ist (?). Dann sollten freie Wahlen unter der Überwachung der Vereinten Nationen folgen.» Also einfache Zurückwerfung der Sowjetunion auf ihre Kerngebiete um Moskau herum und Ablösung Ostdeutschlands, Polens, des Baltikums, womöglich auch der Ukraine, auf jeden Fall der Tschechoslowakei, Ungarns, Bulgariens, Rumäniens und Albaniens vom Ostblock – nichts mehr und nichts weniger!

erträglicher Ausgleich zwischen den Regierungs- und Wirtschaftsformen Ost- und Westdeutschlands sichergestellt ist*. Die Sowjetdiplomatie verlangt dabei vorerst nicht einfach die Auflösung der NATO, sondern findet sich mit der Zugehörigkeit Westdeutschlands zum Atlantikbund ab in der Meinung, daß das Funktionieren eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems ein Klima schaffen werde, das die Überwindung des deutschen Nationalismus und Militarismus erlauben, die NATO überflüssig machen und die innere Umgestaltung und schließliche Einigung Deutschlands im Geiste des Sozialismus vorbereiten werde. Molotow hat bisher freilich nie in aller Form freie gesamtdeutsche Wahlen angeboten als Gegenleistung für die Neutralisierung Deutschlands im Rahmen einer zuverlässigen Sicherheitsordnung; aber die allgemeine Richtung der Sowjetpolitik geht dennoch offenkundig auf einen solchen Kompromiß hin. Die Westmächte lehnen dieses «Tauschgeschäft» mit allen Zeichen moralischer Entrüstung ab und verkünden ein übers andere Mal das heilige, bedingungslos zu gewährende Recht der Deutschen (und der «versklavten» Ostvölker) auf nationale und soziale Selbstbestimmung. Allein praktisch haben sie nur die Wahl, entweder die Teilung Deutschlands für alle absehbare Zeit hinzunehmen und damit dem kommunistischen Osten Zeit zu geben, den Westen geistig und politisch aufzulockern sowie das bestehende Regime in der DDR zu festigen, oder aber einem Sicherheitspakt zuzustimmen, der in Etappen zur Neutralisierung Gesamtdeutschlands führt. Welchen Weg sie vorziehen werden, ist im Augenblick noch nicht klar; bezeichnend ist immerhin, daß sich nicht nur in Westdeutschland, sondern auch in Frankreich, in England und sogar in Amerika die Stimmen mehren, die sich für die Lösung der Bonner Republik vom Westblock aussprechen. So hat jüngst der vielgelesene militärische Mitarbeiter der «New York

* Die gesamte westliche Propaganda behauptet zwar jetzt, die Sowjetunion gehe auf die «Bolschewisierung» Westdeutschlands aus, wolle also *keine* auch für die bürgerlich-kapitalistische Welt annehmbare Gestaltung des politisch-sozialen Regimes in einem geeinigten Deutschland. Aber die Rede Molotows in Genf vom 8. November, auf die sich diese Behauptung stützt, forderte in Wirklichkeit nichts dergleichen, sondern nannte als eine der Bedingungen für die Wiedervereinigung Deutschlands nur, daß die neue soziale Struktur Ostdeutschlands nicht zerstört und die «Errungenschaften der Arbeiter und Bauern» nicht rückgängig gemacht werden dürften. Das ist offenkundig etwas anderes. Denn im Westen faßt man ja die deutsche Einigung so auf, daß Ostdeutschland einfach von der Bonner Republik annektiert und ihrem kapitalistisch-militaristischen Regime eingegliedert werden solle. Dagegen will die Sowjetunion die heutige DDR gesichert wissen. Ob nun wirklich alle Neuerungen, die seit dem Zusammenbruch des Hitlerreiches in Ostdeutschland eingeführt wurden, in ein wiedervereinigtes Deutschland übernommen werden können und sollen, das ist freilich eine Frage; es wird da wahrscheinlich zu einer Mittellösung kommen, bei der die DDR zu opfern haben wird, was für Westdeutschland wirklich unannehmbar ist, andererseits aber auch die Bundesrepublik in gewisse Strukturänderungen und vor allem in eine Liquidation ihres jetzigen Militarismus und Nationalismus wird willigen müssen. Um direkte Verhandlungen zwischen West- und Ostdeutschland wird man in Bonn auf keinen Fall herumkommen.

Times», Hanson Baldwin, geschrieben, wenn die Vereinigten Staaten den Rückzug der Sowjettruppen aus Mittel- und Osteuropa wünschten, so müßten sie ihrerseits bereit sein, ihre Truppen aus Westeuropa zurückzuziehen und einige ihrer dortigen Stützpunkte aufzugeben. (Zitiert nach der «Neuen Zürcher Zeitung» Nr. 2983.) Auch der immer noch einflußreiche «Manchester Guardian» empfiehlt jetzt den Westmächten, als Gegenleistung für eine Wiedervereinigung Deutschlands unter westlichen Vorzeichen eine Ausklammerung Deutschlands aus der NATO zu gewähren, ansonsten sie Gefahr liefen, daß Adenauers Nachfolger diesen Trumpf später selbst ausspielen würden.

Westliche Strategie Die Befolgung solcher Ratschläge hieße freilich nicht viel anderes als die Preisgabe des großen politisch-militärischen Aktionsplanes, den die Westmächte für den Kalten Krieg gegen die kommunistischen Staaten des Ostens entworfen haben. Dieser Plan war, wie die «Cahiers Internationaux» (Paris) in ihrer September-Oktober-Ausgabe schreiben, im Grunde recht einfach:

«Bildung eines Netzes von Militärverträgen, die unter amerikanischer Führung die sozialistischen Länder einkreisen sollen; Wiederaufrüstung Deutschlands und Japans, die dazu ausersehen waren, die beiden Stützpfeiler des Systems zu werden; Mobilisation der Geister im Hinblick auf die ‚große Kraftprobe‘; das Ganze schließlich gekrönt durch ein Ultimatum, das, gestützt auf die Atomkraft, an einen Gegner gerichtet werden sollte, dessen Entwicklung man von vornherein durch eine Wirtschaftssperre gehemmt hätte und dessen Widerstandskraft durch die demoralisierenden, umstürzlerischen Machenschaften geschwächt worden wäre, die Mr. Allen Dulles organisierte. Vielleicht – so sagte man gerne – würde im gegnerischen Lager der Zusammenbruch unter diesem ganzen Druck sogar schon erfolgen, ohne daß man zu direkter Gewaltanwendung zu greifen brauchte.»

Man weiß, was aus diesem Plan geworden ist. Die verschiedenen westlichen Militärpakte wirken nicht, wie sie hätten wirken *sollen*. Die NATO ist weder in England, Frankreich und Italien noch in Holland und Norwegen noch gar in Westdeutschland besonders volkstümlich – eher das Gegenteil. Mit der Wiederaufrüstung Westdeutschlands und noch mehr Japans hat es noch gute Weile; die Bonner Republik hat sogar die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion in Kauf nehmen müssen. Der Balkanpakt ist fast wertlos geworden, während das westliche Militärsystem im Orient dem Zusammenbruch nahe ist. (Wir werden noch davon zu reden haben.) Österreich ist neutralisiert; Italien und Spanien vermögen die strategische Stellung der Westmächte im Mittelmeerraum, die durch die Freiheitsbewegung der arabischen Völker heftig bedroht ist, nicht zu retten. In Ostasien sind Tschiang Kai-schek und Syngman Rhee hoffnungslos isoliert und scheiden als ernstzunehmende Verbündete aus, während die Chinesische Volksrepublik an der Seite der Sowjetunion zu immer größerer Stärke heranwächst.

Andererseits verlieren die antikommunistischen Propagandalosungen

mehr und mehr ihre Zugkraft, seit ein wachsender Strom von Besuchern der Sowjetunion, der osteuropäischen Republiken und des neuen China bessere Kenntnis der Tatsachen über die wirklichen Verhältnisse in diesen Ländern zurückbringt. Man beginnt im Westen nun doch zu verstehen, wie dumm das Schlagwort von den «versklavten Völkern» des Ostens ist. Man sieht mit eigenen Augen, wie rasch und umfassend sich auch die materiellen Lebensbedingungen in den meisten – und gerade in den wichtigsten – Ländern der kommunistischen Welt verbessern. Und man gibt allmählich die Illusion preis, daß durch verstärkten Druck auf die Sowjetunion und auf China – also durch die famose «Politik der Stärke» – das politisch-soziale Regime dieser Staaten zum Einsturz gebracht werden könne. Man gewinnt überhaupt ein sachlicheres Urteil über den Kommunismus und seine Triebkräfte. H. de Graf, der holländische Theologe, der dieses Jahr selber in der Sowjetunion gewesen ist, stellt im jüngsten «News Letter» des Internationalen Versöhnungsbundes ganz richtig fest:

«Der Kommunismus ist keine Erfindung bössartiger barbarischer Machthaber im Kreml. Er hat seine Wurzeln in Westeuropa. Während des 19. Jahrhunderts suchte die russische Intelligenz nach Wahrheit und Gerechtigkeit. Schließlich entschied sie sich für den Marxismus als den Ausweg aus Ungerechtigkeit und Sklaverei. Warum entschied sie sich nicht für die Demokratie? Die westliche Demokratie hatte ihr damals nichts zu sagen; sie verabscheute in ihr die Herrschermacht des Geldes über den Menschen – Dostojewskij zum Beispiel, der weit entfernt war, selbst ein Kommunist zu sein. Aus diesen Gründen halte ich es für gefährlich, falsch und im Widerspruch mit echt europäischem Denken stehend, Rußland und den Kommunismus als nichteuropäisch anzusehen. Es ist gefährlich, weil der Kommunismus ein Hinweis auf ein soziales Problem ist, das in Westeuropa noch immer ungelöst ist. Wenn man den Kommunismus als ‚Moskau‘ hinstellt, verschafft sich der westliche Teil Europas nur ein bequemes Gewissen, das ihn verhindert, das soziale Problem wirklich ins Auge zu fassen. Und es ist falsch, weil diese Haltung die gemeinsame Grundlage der West-Ost-Beziehungen in Europa übersieht und auch die gemeinsame Bedrohung der Menschheit in Ost und West übersieht, der nur durch eine gemeinsame Anstrengung von Ost und West begegnet werden kann.»

Denn schließlich und wohl entscheidend ist ja der westliche Plan durchkreuzt worden durch die Brechung des amerikanischen Monopols für A- und H-Bomben. Seit auch die Sowjetunion im Besitz dieser Massenvernichtungswaffen und der Mittel zu ihrer Anwendung ist, hat die ganze antikommunistische Weltstrategie ihren Sinn verloren, und es ist nur noch eine Frage des guten Willens, ob und wann der Westen die Folgerungen aus dieser revolutionären Sachlage ziehen wird. Bis jetzt hat er, wie wir wissen, diese Folgerungen nicht gezogen. Es ist nicht die militärische Abrüstung und der Übergang zur friedlichen Koexistenz der kapitalistischen und der kommunistischen Welt, wozu sich der Westen bekennt, sondern nur die Eindämmung der Konfliktmöglichkeiten durch Aufrechterhaltung einer *bewaffneten* Koexistenz, mit Weiterverfolgung des Zieles einer Ausschaltung des Kommunismus als einer weltbewegenden Kraft. Von *Abrüstung* ist darum

für die Westmächte im Ernst keine Rede. Mit dankenswerter Offenheit gab das unlängst James Reston, der Chef des Washingtoner Büros der «New York Times», zu, wenn er schrieb:

«Wenn also die Russen fragen, wie sie das bei den Abrüstungsverhandlungen in den Vereinten Nationen getan haben, ob *wir*, falls *sie* unser Alarm- und Inspektionssystem annähmen, ihrem System der Ächtung und Zerstörung aller Massenvernichtungswaffen zustimmen würden, so ist die Antwort: ‚Nein‘ . . . Die grundlegende Vorstellung des amtlichen amerikanischen Denkens ist, daß beide Teile ihre Atomwaffen behalten und daß dies den Frieden herbeiführen werde . . . Luftmachtminister Quarles hieß das ‚Frieden durch wirksame Abschreckung‘. Churchill, der sich in diesen Dingen besser und knapper ausdrückt, nannte es ‚einen Frieden gegenseitigen Terrors‘.»

Ähnlich Walter Lippmann in der «New York Herald-Tribune»:

«Wir erstreben nicht die Abschaffung oder auch nur die Herabsetzung der Rüstungen, sondern die Verunmöglichung ihres Gebrauches für einen Überraschungsangriff . . . Wir arbeiten nicht auf die Abrüstung hin, sondern auf die Stabilisierung des Gleichgewichts der vorhandenen Streitkräfte.»

Die Sowjetunion hatte ihrerseits (am 10. Mai d. J.) einen umfassenden Abrüstungsplan vorgelegt, worin sie die zahlenmäßig umschriebenen Vorschläge der Westmächte für die Rüstungsbeschränkung ebenso annahm wie die von ihnen angeregten Etappen der Abrüstung, eingeschlossen diejenige der Atomwaffen, und eine ständige, gleichzeitige internationale Überwachung der Flugbasen, der Häfen, Bahnhöfe usw. Die Antwort der Westmächte darauf bezog sich aber immer nur auf einen Ausbau der *Überwachung* der Kriegsrüstungen (z. B. durch Luftphotographie, wie dies Präsident Eisenhower in Genf aus dem Stegreif vorschlug), nicht auf ihre radikale *Herabsetzung*. Der Grund ist klar: Für die Sowjetunion spielen strategische Sicherungen durch Beherrschung bestimmter Gebietsräume (z. B. der Rußland vorgelagerten osteuropäischen Länder) seit der Erfindung der Atomwaffen nicht mehr die erste Rolle; auch die Neutralisierung eines geeinigten Deutschlands könnte ihre Sicherheit nicht entscheidend verbürgen, solange die Gefahr von Luftangriffen mit Langstreckenbomben besteht. Sie sieht die Kriegsdrohung erst gebannt, wenn im Rahmen einer möglichst weltweiten Ordnung gemeinsamer Friedenssicherung die militärischen Vorbereitungen der Einzelstaaten entschlossen abgebaut werden. Die Westmächte andererseits halten nach wie vor ihr Ziel einer *völligen Umgestaltung mindestens der osteuropäischen Landkarte* fest und ordnen diesem Streben ihre ganze Militärpolitik unter, eingeschlossen ihre Politik in der Abrüstungsfrage. Was sie hier interessiert, das ist insbesondere der genaue Standort der sowjetischen Rüstungsbetriebe, Flugplätze usw., sei es um einen ehrlich befürchteten russischen Angriff zu verhindern, sei es um russischen Gegenschlägen zuvorzukommen, falls es sich als «notwendig» erweisen würde, den (dann natürlich als defensiv oder mindestens präventiv bezeichneten) großen

eigenen Schlag gegen das Hauptbollwerk des Kommunismus in der Welt zu führen. Die Haltung des Westens erinnert damit fatal an den seinerzeit so lebhaft erörterten Baruch-Plan für die Kontrolle der Atomkraft und den daraus hervorgegangenen Kontrollplan der Vereinten Nationen, von dem Professor Blackett, der britische Atomphysiker (in seinem Buch «Angst, Krieg und die Atombombe») sagte, daß die Durchführung einer Bestandesaufnahme, wie die UNO sie vorschlug, den Amerikanern nur «eine recht vollständige Karte der wichtigen Ziele in der Sowjetunion geliefert» hätte, während die Standorte wichtiger Anlagen in Amerika schon bisher kein Geheimnis mehr seien. Die Taktik der Westmächte sei einfach gewesen, «eine so einseitige Form der Kontrolle zu verlangen, daß sie für die Sowjetunion offenkundig nicht annehmbar sein konnte», und so «jede Art von Kontrolle zu verhindern» . . .

Russische Deutschlandpolitik So viel über die Grundlinie der westmächtlichen Außenpolitik.

Auf welcher Linie bewegt sich nun aber die Politik der *Sowjetunion*, vor allem ihre Europa- und Deutschlandpolitik? Isaac Deutscher, dessen große Stalinbiographie wir seinerzeit hier besprochen haben (es ist ihr inzwischen ein ähnliches Werk über Trotzki gefolgt), hat darüber kürzlich in der Neuyorker Halbmonatsschrift «The Reporter» (8. September) einen fesselnden Aufsatz veröffentlicht. Er unterscheidet drei deutlich getrennte Abschnitte der sowjetischen Außenpolitik seit Stalins Tod. Der erste Abschnitt – so legt er dar – dauerte bis Mitte Juni 1953. Er war gekennzeichnet durch die Zusammenarbeit von Malenkow und Beria, die bereit waren, die als bloße Belastung empfundene Deutsche Demokratische Republik aufzugeben in der Hoffnung, die Westmächte würden sich dann auch aus der Bundesrepublik zurückziehen. Im Westen ergriff man diese Gelegenheit nicht, fuhr vielmehr fort, von heimtückischen Moskauer Friedensmanövern zu reden, und unterstützte und mißbrauchte die ostdeutsche Revolte vom Juni 1953 für die westlichen Machtzwecke. Das erledigte zwar nicht Malenkow, aber Beria, der beschuldigt wurde, er habe «Ostdeutschland dem Weltkapitalismus ausliefern» wollen.

Es folgte eine Zwischenperiode Malenkow-Chrustschow, in der die Sowjetpolitik den französischen Widerstand gegen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft förderte und die Annahme der Londoner und Pariser Verträge zu verhindern suchte. Als das nicht gelang, wurde Malenkow in den Hintergrund verwiesen und Bulganin-Chrustschow machten die Drohung wahr, daß die Sowjetunion eine Wiedervereinigung Deutschlands solange nicht ins Auge fassen würde, als Westdeutschland der NATO angehöre und ein geeinigtes Gesamtdeutschland die Möglichkeit habe, sich ebenfalls dem atlantischen Militärblock einzugliedern. Die DDR wurde aufs neue in aller Form der sowjetischen

Unterstützung versichert; in einem geeinten Gesamtdeutschland – so hieß es – dürften die sozialen und politischen Errungenschaften der DDR nicht verloren gehen.

Das ist noch heute der Standpunkt Moskaus. Wie stellt man sich jedoch im Kreml die *Zukunft* vor? Deutscher sieht für die Sowjetpolitik zwei Wege offen: den diplomatischen und den revolutionären. Auf der *diplomatischen* Linie rechnet, wie er glaubt, Moskau damit, daß die Einigung Deutschlands auf kapitalistischer Grundlage schließlich doch nicht verhindert werden könne. In diesem Fall will die Sowjetunion nicht mit den Westmächten verhandeln, sondern mit der Bundesrepublik, mit der sie deshalb die diplomatischen Beziehungen wiederhergestellt hat. Sie könnte dann der Bundesrepublik die Vereinigung mit der DDR vorschlagen unter der Bedingung, daß sie aus der NATO austrete. Eine solche Verständigung entspräche nicht nur einer gewissen Tradition russisch-deutscher Zusammenarbeit (von Bismarcks Rückversicherung mit Rußland über den Rapallovertrag Rathenaus bis zum Hitler-Stalin-Pakt); die Sowjetunion wäre vielmehr jetzt auch in einer unvergleichlich stärkeren Verhandlungsposition als jemals zuvor. Schon wirtschaftlich: Rußland ist heute die führende Industrienation Europas – nicht mehr Deutschland. Es hat es nicht mehr nötig, Ostdeutschland auszunützen, um selbst wieder zu Kräften zu kommen, oder Deutschland als Ganzes niederzuhalten, ist doch – so betont Deutscher auf Grund seines Wissens um diese Dinge – die sowjetische Industrieproduktion mindestens zweieinhalb- bis dreimal so groß wie diejenige Deutschlands. «Dies ist», so sagt er,

«der bedeutsame und ganz neue Umstand in den russisch-deutschen Beziehungen, der sich im kommenden Jahrzehnt fühlbar machen wird. Ich sage voraus, daß mit dem weiteren Fortgang der sowjetischen Industrialisierung sein Gewicht unermesslich zunehmen wird. Die große Kluft zwischen der deutschen und der russischen Lebenshaltung wird mehr und mehr überbrückt; sie mag recht wohl innert der nächsten zehn Jahre verschwinden.

Ein anderer neuer Umstand ist die Erziehung der Sowjetmassen. Die Zeit ist vielleicht nicht fern, da Deutschland bei seiner Fühlungnahme mit Rußland nicht mehr durch das asiatische Element in der russischen Einstellung abgestoßen wird wie im Jahre 1945. Moskau erwartet offenkundig, daß all diese Entwicklungen und besonders die Liberalisierung des nachstalinistischen Regimes auf die Länge gewaltige Fernwirkungen haben werden – zuerst in Ostdeutschland, das am Sowjetwohlstand teilhaben wird, wie es nach 1945 an der Sowjetarmut und Sowjetnot teilhatte, und dann auch im übrigen Deutschland.»

Die Sowjetunion wird aber auch politisch gegenüber Deutschland in einer starken Stellung sein. Nie zuvor verhandelte Rußland mit Deutschland, während Osteuropa unter russischer Führung geeinigt war. Nie zuvor war Rußlands Einfluß in Asien auch nur entfernt so mächtig wie jetzt. Nie zuvor konnte Rußland so sehr wie heute Deutschland mit Handelsaussichten locken. Und nie zuvor war es so wie jetzt, daß es allein von Rußland abhing, ob Deutschland sein nationales Selbst und die volle Entfaltung seines nationalen Lebens zurückgewin-

nen würde. «Die Sowjetführer nehmen an, sie könnten es sich leisten zu warten; und wenn sie einmal ihr ganzes Verhandlungsgewicht in die Waagschale geworfen hätten, werde die Deutsche Bundesrepublik eine zweiseitige Regelung der russisch-deutschen Angelegenheit nicht mehr ablehnen können.»

Daneben läßt Moskau aber – wie Deutscher meint – auch eine *revolutionäre* Umgestaltung der heutigen Lage nicht aus dem Auge. Es rechnet immer noch mit einem Niedergang der kapitalistischen Wirtschaft des Westens, wenn solche Hoffnungen auch viel vorsichtiger geäußert werden als noch vor einigen Jahren*. Einmal werde, so glaubt man in der Sowjetunion, in den kapitalistischen Ländern doch wieder eine große Krise kommen, und dann werde sich auch die Lage in Deutschland anders darbieten. Dann werde der Ruf nach Wiedervereinigung aufs neue ertönen und ein Echo finden, das heute kaum denkbar wäre. Bis dahin sei freilich eine Verschmelzung Ost- und Westdeutschlands unmöglich. «Bulganin und Chrustschow wollen nach meiner Meinung Ostdeutschland als Sprungbrett für eine gesamtdeutsche Revolution bewahren.»

Ob diese revolutionären Hoffnungen von der Sowjetführung wirklich gehegt werden, mag dahingestellt bleiben. Sicher ist nur, daß Moskau nichts tun wird, um sie durch militärische Gewalt ihrer Erfüllung näher zu bringen, vielmehr auf die innere Überlegenheit des kommunistischen Systems vertraut, die sich angesichts der Unwilligkeit und Unfähigkeit des Westens, die soziale Frage der notleidenden Klassen und Völker wirklich zu lösen, im Verlauf der Zeit ganz von selbst ergeben werde. Und was heute in Asien und Afrika, aber auch in einem Teil West- und Südeuropas geschieht, scheint dieser Erwartung nur allzusehr Recht zu geben.

Am Balkan In den Augen des durchschnittlichen Westeuropäers und Amerikaners ist freilich so ziemlich alles, was die kommunistisch regierten Länder an wirtschaftlichem und kulturellem Fortschritt zu berichten wissen, nur Propaganda oder höchstens Fassadengemäuer, das bei einem ernsthaften Stoß einstürzen werde. Daß die Tatsachen des Alltagslebens hinter dem «Eisernen Vorhang» (wenn man dieses Schlagwort überhaupt gelten lassen will) mit der offiziellen Darstellung oft im Widerspruch stehen, unterliegt ja auch keinem Zweifel; was wir an dieser Stelle z. B. über die Deutsche Demokratische Re-

* Vor kurzem erst kam eine Artikelserie im «Kommunist», einem theoretischen Hauptorgan der KP der Sowjetunion, zu dem Schluß, daß es verfehlt sei, auf einen nahen Zusammenbruch des Kapitalismus und den baldigen Sieg der sozialistischen Revolution zu rechnen oder gar revolutionäre Kreuzzüge außerhalb der Sowjetunion zu unternehmen. Man müsse sich vielmehr auf eine lange Koexistenz der beiden gegensätzlichen Systeme und ihren friedlichen Wettbewerb einrichten, wobei der Kommunismus von den technischen und wissenschaftlichen Fortschritten der kapitalistischen Länder viel lernen könne.

publik feststellen mußten, belegt es einwandfrei. Ein anderes Beispiel führt Norman MacKenzie im «New Statesman» (22. Oktober) an: *Rumänien*. Das dortige Regime, so versichert er nach einem freilich nur kurzen Augenschein, werde «offenkundig durch Furcht und Gewalt zusammengehalten». Die Lebenshaltung des Volkes sei, zehn Jahre nach Kriegsende, traurig niedrig; der gewöhnliche Rumäne könne mit seinem dürftigen Lohn nur die elementarsten Bedürfnisse befriedigen, müsse er doch beispielsweise für ein Paar Kinderschuhe fünf Tage arbeiten, während Textilwaren sozusagen unerschwinglich seien. Dem widerspricht freilich im gleichen Blatt ein anderer Rumänienreisender, Montag Slater, der nicht nur von Gewalt und Furcht als Stützen des Regimes wenig gemerkt zu haben erklärt, sondern auch beobachtet haben will, daß «in allen Bevölkerungsschichten Verbrauchsgüter in gewaltigem Maße gekauft werden», und daß die Rumänen «die fröhlichsten Menschen sind, die wir seit Jahren getroffen haben».

MacKenzie selbst anerkennt, daß in *Bulgarien* die Lage völlig anders ist. Es herrsche dort eine freie Luft, in der Kritik und Opposition erstaunlich gut gediehen. «In Bulgarien fühlt man, daß das System nicht allein funktioniert, sondern zunehmend volkstümlich ist . . . Das Lebensniveau ist in Bulgarien fast dreimal so hoch wie in Rumänien.» Besonders auffallend seien die Fortschritte im Wohnungsbau, und zwar nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land. Die Kommunistische Partei sei im Gegensatz zu Rumänien kräftig und gut geschult; das mache es leichter, «ein lebensfähiges und stabiles Regime zu schaffen».

Am bemerkenswertesten ist freilich die Veränderung, die sich in den Beziehungen *Jugoslawiens* zum Weltkommunismus und zur Sowjetunion im besondern vollzogen hat. Man kann heute den Konflikt, der im Jahr 1948 Jugoslawien und die Sowjetunion so feindselig gegeneinander stellte, wohl etwas gelassener beurteilen. Wir haben schon damals den Bruch zwischen den beiden Staaten als tragisch bezeichnet und wurden darin durch die weitere Entwicklung der Dinge nur bestärkt. Die Sowjetunion hatte gewiß gute Gründe, um Jugoslawien eine loyale Eingliederung in den Ostblock zuzumuten. Die militärische Lage des Ostblocks war zu jener Zeit ja wirklich ungünstig. Der Westen hatte den Kalten Krieg mehr und mehr verschärft und fühlte sich dank dem amerikanischen Atombombenmonopol stark genug, um der Sowjetunion und ihren Verbündeten seinen Willen aufzwingen zu können, während der Ostblock außerstande gewesen wäre, einen neuen Krieg durchzuhalten. Andererseits standen die Oststaaten erst am Anfang ihres wirtschaftlichen Wiederaufbaus und sahen sich vor die Aufgabe gestellt, ihre peinlich knappen Hilfsmittel und Kräfte auf die zweckmäßigste Weise und im Rahmen eines gemeinsamen Planes nutzbar zu machen. Daß unter diesen Umständen die Jugoslawen ihren grandiosen Fünfjahresplan aus eigener Kraft und ohne Hilfe der Sowjetunion

würden durchführen können, durfte mit Recht bezweifelt werden. Der verhängnisvolle Fehler Moskaus war nur, daß es dem hochgesteigerten, überaus reizbaren nationalen Selbstgefühl der Jugoslawen viel zu wenig Rechnung trug und ihnen *seine* Linie rücksichtslos und anmaßend aufzwingen wollte, statt einen für beide Teile annehmbaren Kompromiß anzustreben. So wurde der Bruch unvermeidlich – mit der ebenso unvermeidlichen Folge, daß sich Jugoslawien mehr und mehr dem westlich-kapitalistischen Lager näherte und von diesem als willkommenes Werkzeug im Kalten Krieg gegen den Kommunismus gebraucht wurde. Indem Jugoslawien amerikaniſche Militär- und Finanzhilfe annahm und mit Griechenland sowie der Türkei den ausgesprochen westlich orientierten Balkanbund einging, geriet es in schwerste Gefahr, sein ganzes sozialistisch, ja kommunistisch ausgerichtetes Aufbauwerk selber auszuhöhlen und dadurch sein Daseinsrecht zu verlieren.

Je länger sich dieser Zustand fortsetzte, um so unhaltbarer mußte er den Leitern der jugoslawischen Geschichte erscheinen. Auf der andern Seite hatten auch die Sowjetführer Grund, eine Revision des Prozesses mit Jugoslawien zu wünschen. Die Lage hatte sich ja seit 1948 wesentlich verändert. Die militärische Gefahr für den Ostblock war seit der Bereitstellung atomischer Waffen auch durch die Sowjetunion offensichtlich vermindert, so daß es dem Kreml viel weniger notwendig schien, Jugoslawien scharf an der Kandare zu halten; eine Wiederanbahnung freundschaftlicher Beziehungen zu Jugoslawien konnte sogar die Entspannungspolitik, die die Sowjetdiplomatie eingeleitet hatte, nur stärken. Auch die mächtigen wirtschaftlichen Fortschritte, die die Sowjetunion im ersten Jahrzehnt nach dem Krieg machte, wiesen in diese Richtung; Moskau konnte es sich jetzt eher leisten, auf eine Gleichschaltung der jugoslawischen mit der eigenen Wirtschaftspolitik zu verzichten. Nicht zuletzt war es das Emporkommen des neuen China, das den sowjetischen Vorherrschaftsgelüsten einen Dämpfer aufsetzte. Die *NeuYorker «Monthly Review»* stellt es zutreffend fest: «Die Sowjetführer waren jetzt durch die Tatsachen der Lage gezwungen, ihre chinesischen Kollegen als Gleichgestellte zu behandeln. Das bedeutete, daß sie neue Verhaltensformen und Gewohnheiten lernen mußten, die unvermeidlich Rückwirkungen auf die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den andern Ländern des sozialistischen Blocks haben mußten. Als Bulganin und Chruschtschow 1955 nach Belgrad gingen, war es zweifellos ‚natürlicher‘ und viel leichter, Tito und Kardelj als Gleichgestellte zu behandeln, als es dies für Stalin sieben Jahre früher gewesen wäre.»

Für Jugoslawien eröffnen sich auf alle Fälle durch die Wiederaussöhnung mit der Sowjetunion die günstigsten Aussichten. Als respektierter Freund und Mitarbeiter des Ostbundes darf es eine in jedem Betracht glücklichere Zukunft erwarten, als es sie in der Stellung eines Subventionsempfängers und Satelliten des westlichen Kapitalismus ge-

habt hätte. Noch ist es zwar nicht wieder Vollmitglied des Ostbundes; es zieht eine mehr oder weniger neutrale Rolle vor und hält gute Beziehungen mit dem Westen aufrecht. Aber die Abkehr Jugoslawiens von seiner früheren, für sein Selbstgefühl schwer erträglich gewordenen westmächtig-antikommunistischen Orientierung ist doch unverkennbar, und man darf mit der «Monthly Review» gewiß «eine zunehmende Parallelität zwischen der Außenpolitik der Länder des sozialistischen Blockes und derjenigen Jugoslawiens und eine zunehmend enge Verbindung ihrer Planwirtschaften» annehmen*.

Französischer Kolonialismus Während so der Sowjetblock an innerem Zusammenhalt eher gewinnt, weist der Block der Westmächte immer bedenklichere Sprünge auf. Vor allem die westlichen Kolonialreiche sind in fortschreitender Zersetzung begriffen, am sichtbarsten das heute schönfärberisch Union Française genannte *französische Empire*, eine der großen Schöpfungen des aufsteigenden Kapitalismus des 19. Jahrhunderts. Der Vergleich der Zustände in den französischen Kolonien mit dem Entwicklungsstand in den ehemaligen Kolonialgebieten Rußlands (Zentralasien) muß für das französische Selbstgefühl geradezu niederdrückend sein. «Wer», so fragen die «Cahiers Internationaux» (Novemberheft), «wer hat seine Lage seit dreißig Jahren sich am stärksten und am besten entwickeln gesehen – der kirgisische oder mongolische Hirt oder der Berberhirt im Atlas? Auf welcher Seite ist der Fortschritt der Lebenshaltung, der Bildung und auch der persönlichen und politischen Freiheitsrechte? Was für ein Gesicht enthüllt die ‚freie Welt‘ für den algerischen Fellachen, der ausgehungert und zerlumpt mit 20 000 (französischen) Francs (also kaum 250 Schweizer Franken) im Jahr leben muß, keine Schule für seine Kinder hat und zusehen mußte, wie die französischen Demokratien die Wahlen, zu denen sie ihn einluden, schamlos fälschten und seine armseligen Behausungen bombardierten?»

Was Wunder, wenn sich das französische Kolonialreich in voller Auflösung befindet? In Madagaskar ist zwar der Aufstand von 1947/1948 im Blut von 70 000 Eingeborenen erstickt worden, aber von einer inneren Festigung der französischen Herrschaft kann in keiner Weise

* Über den gegenwärtigen Stand der jugoslawischen Wirtschaft gibt André Philip, der wohlbekannteste französische Nationalökonom, der zwei Monate in Jugoslawien verbracht hat, dieses zusammenfassende Urteil ab (in der Zeitschrift «Gauche Européenne»):

«Auf allen Gebieten spürt man tatsächlich einen kühnen, begeisterten Versuch, der noch Unschlüssigkeit und Abtastungen verrät, der aber von dem leidenschaftlichen Willen einer freien Forschung und von ununterbrochenen Bemühungen, das Ideal der Arbeiterverwaltung und der Dezentralisation der Verwaltung den praktischen Wirklichkeiten anzupassen, getragen ist. Die westlichen Sozialisten müssen diesen Versuch mit Interesse und Sympathien verfolgen; er verläuft tatsächlich in der realen Richtung des demokratischen Sozialismus.»

geredet werden. Indochina ist für Frankreich fast gänzlich verloren, auch wenn sich Ngo Dinh Diem jetzt an Stelle des korrupten Bao Dai zum Präsidenten von Südvietnam hat wählen lassen; in Frankreichs Platz rückt ja mehr und mehr Nordamerika ein, welches das Genfer Abkommen vom letzten Jahr über gesamtvietnamesische Wahlen planmäßig sabotiert und aus seinem Schützling Diem so etwas wie einen zweiten Syngman Rhee, also aus Vietnam ein zweites Korea machen zu wollen scheint. In Französisch-West- und Zentralafrika herrscht augenblicklich wieder mehr oder weniger Ruhe, aber niemand weiß, wann die Freiheitsbewegung, die Nordafrika so tief aufwühlt, auch jene Länder des schwarzen Erdteils erfassen wird. In Marokko selbst hat sich mit der triumphalen Rückkehr des vor zwei Jahren abgesetzten und verbannten Sultans Ben Jussef ein völliger Umschwung ereignet, der die letzten Spuren des Staatsstreiches vom August 1953 ausgelöscht hat. Marokko schickt sich jetzt an, in den Rang einer politisch reifen und mindestens in ihren inneren Angelegenheiten selbständigen Nation einzutreten, die den alten, von Frankreich so kunstvoll ausgenützten Gegensatz von Berbern und Arabern mehr und mehr überwindet. Die weitere Entwicklung auch in Tunis und Algerien wird dadurch stark beeinflußt und wohl in Bahnen gelenkt werden, die vom alten französischen Kolonialregime immer rascher wegführen.

Daß die herrschende Klasse Frankreichs, die aus dem Kolonialreich so riesige Profite gezogen hat, aus diesem gewaltigen Geschichtsvorgang viel lernen werde, ist freilich nicht zu erwarten. Mögen auch die Anhänger der «*manière forte*», die sich verzweifelt an ihre Vorrechtsstellung klammern und keinerlei ernstliche Reformen wünschen, zurzeit etwas zurückgedrängt sein und die «*Realisten*» und Opportunisten zu einer Verständigung mit dem gemäßigten bürgerlichen Nationalismus in Nordafrika neigen, so wäre es doch Selbsttäuschung, von einem kapitalistisch-konservativ regierten Frankreich, das an den Atlantikbund und die Verträge von Paris gekettet ist, eine wirkliche Lösung des Kolonialproblems zu erhoffen. Diese Aufgabe fällt einem *sozialistischen* Frankreich zu – jenem anderen Frankreich, das sich nach dem Krieg aus der Widerstandsbewegung so verheißungsvoll zu erheben begann, dann aber durch innere Schwäche wie durch das gegenrevolutionäre Eingreifen der Vereinigten Staaten tragisch zurückgeworfen wurde und sich erst jetzt neuerdings zu sammeln anschickt. Die für Anfang 1956 in Aussicht stehenden Wahlen zur Nationalversammlung geben ihm eine Chance, die nicht auszunützen sich bitter rächen könnte. Wird aber aus der von der Regierung Faure so brüsk und schlaue verlangten Volksbefragung wirklich ein neues Frankreich hervorgehen, das nicht nur dem unseligen Kolonialismus ein Ende zu machen bereit ist, sondern auch den sozialen Umbau Frankreichs selbst entschlossen an die Hand nehmen wird, oder werden wieder die Geschäftsführer und Advokaten

des alten Regimes das Ruder in die Hand bekommen und nach bekannten Rezepten weiterwursteln – bis zur nächsten großen Krise?

Orientfrage — Labours Versagen Großbritannien hat Weisheit genug besessen, um Indien und Burma rechtzeitig freizugeben. Um so zäher hält es fest, was es an Kolonialbesitz noch hat, und verteidigt sein Herrenrecht mit rücksichtsloser Härte, so in Kenya (von wo die gänzliche Auslöschung der Mau-Mau-Erhebung gemeldet wird), an der Goldküste (wo eine explosive Stimmung im Volk herrscht), in Malaya, in Guyana, auf Cypern, in Vorderasien. Und doch sind die Tage auch der britischen Kolonialherrschaft gezählt. An warnenden Anzeichen dafür fehlt es nicht. Wohl am peinlichsten ist für England die Lage im *Orient*, wo das westliche, gegen die Sowjetunion gerichtete Militärsystem am Zusammenbruch ist. «Die Stellung des Westens im Mittleren Osten», so stellt der «New Statesman» fest, «war nicht auf irgendwelche wirkliche Wertschätzung der arabischen Souveränität und der arabischen Bestrebungen gegründet, sondern auf den Ölpreis und die Furcht vor Rußland. Sie war im wesentlichen imperialistisch und strategisch.» Wohl ist es der britisch-amerikanischen Diplomatie gelungen, auch Persien in den türkisch-irakisch-pakistanischen Militärpakt zu bringen, aber was hat dieser Pakt noch für einen Wert, seit es der Sowjetunion gelungen ist, die anderen Mitglieder der Arabischen Liga zu neutralisieren, wenn nicht gar auf ihre Seite zu ziehen, nicht zuletzt Ägypten durch die über die Tschechoslowakei bewerkstelligten Waffenlieferungen, die Moskau an die Hand genommen hat?

Was wollen die angelsächsischen Mächte dagegen tun? Erklären sie sich für *Israel*, so riskieren sie den endgültigen Bruch mit den Araberstaaten; helfen sie aber den *Arabern*, so verderben sie es nicht nur mit Israel, sondern mit der Weltjudentum – und namentlich in den Vereinigten Staaten stellen die Juden eine politische Kraft hohen Ranges dar. Rein sachlich gesehen, liegt in dem so bedrohlich verschärften israelisch-ägyptischen Konflikt das Recht unzweifelhaft auf seiten Israels, dessen Lebensrecht die arabischen Staaten und besonders Ägypten niemals anerkannt haben und das von der Landkarte zu streichen ihr fanatisch verfolgtes Ziel ist. Es ist von diesem Standpunkt aus nicht zu verantworten, daß die Sowjetunion durch ihre Waffenlieferungen an Ägypten aus rein machtpolitischen Erwägungen die Spannung in Vorderasien bewußt erhöht und eine Gefahr heraufbeschwört, die, wenn sie schon örtlich begrenzt sein mag und auch wenn man annehmen darf, daß die Westmächte das schlimmste zu verhindern wissen und die Ägypter selbst, im Bewußtsein ihrer militärischen Unfähigkeit, sich vor einem Losschlagen klüglich hüten werden, dennoch dem Weltfrieden abträglich ist. Wobei immerhin bemerkt sein muß, daß die Westmächte keinen Anlaß haben, sich jetzt über Moskau zu entrüsten

– sie, die während des arabisch-israelischen Krieges von 1948 die Araber fröhlich mit Kriegsmaterial versorgt haben, die in Jordanien durch militärische und finanzielle Hilfe einen ausgesprochen israelfeindlich gesinnten Satelliten aushalten und auch Irak Waffen geliefert haben, die früher oder später gegen Israel eingesetzt werden können. Was jetzt auf westlicher Seite not tate, das wäre eine klare Preisgabe der ganzen antikommunistischen Machtpolitik im Orient, eine umfassende Wirtschaftshilfe an die unterentwickelten Länder dieses Himmelsstriches und in diesem Rahmen eine Entgiftung des arabisch-israelischen Verhältnisses, dessen unheilvoller Charakter so stark von den konservativen Besitzinteressen der feudalen Oberschicht in den arabischen Ländern bestimmt ist.

Eine noble Aufgabe der britischen *Labourbewegung* bestände darin, die moralische Führung in diesem Kreuzzug zu übernehmen und die öffentliche Meinung der Welt für eine weitblickende, im besten Sinne radikale Lösung der neuen orientalischen Frage zu gewinnen. Aber kann man so etwas von einer Bewegung erwarten, die in den letzten Jahren auf internationalem Boden konsequent versagt hat? Emrys Hughes, der tapfere pazifistische Labourabgeordnete, sagt kaum zuviel, wenn er in den «Peace News» (21. Oktober) behauptet:

«Wäre die Labourpartei vor zwei Jahren kühn gegen den Militärzwang aufgetreten und im letzten Jahr gegen die Wiederaufrüstung Deutschlands und die Bestimmungen des Pariser Vertrages, sie hätte – glaube ich – die allgemeinen Wahlen gewonnen. Aber dazu konnten sich die Labourführer nicht entschließen. Ihre Reden waren zweideutig und zögernd wie auch in der Frage der H-Bombe, und kein Mensch konnte sagen, was sie eigentlich zu tun beabsichtigten, wenn sie wieder an die Macht kämen. Das britische Volk, das zur Erkenntnis der vollkommenen Sinnlosigkeit eines Krieges im Atomzeitalter hätte gebracht werden können, wußte so einfach nicht recht, was der Unterschied zwischen den Programmen der Parteien war, und nahm sich nicht die Mühe, seine Stimme für eine Rückkehr Labours zur Macht abzugeben . . . Man bekommt den Eindruck, daß die künftige Politik der Labourpartei im Parlament nur von den Ereignissen bestimmt werden und nicht das Ergebnis der klar durchdachten Politik einer inspirierenden und erleuchteten Führerschaft sein wird.»

Ähnliches gilt von der *inneren* Politik der Labourpartei. Auch hier böte der falsche Kurs der konservativen Regierung der Labourbewegung eine glänzende Gelegenheit, mit einem klaren Programm sozialistischer Inspiration aufs neue – wie 1945 – die Volksmehrheit hinter sich zu bringen. Die Regierung Eden-Butler hat es ja glücklich fertig gebracht, mit ihrer Losung vom freien Unternehmertum die britische Wirtschaft in eine eigentliche Krisensituation hineinzumanövrieren, verschärft durch einen «beträchtlichen Grad innerer Inflation», wie sich Finanzminister Butler selbst ausdrückte. Die Maßnahmen, welche die Regierung als Heilmittel in dieser Krise empfiehlt, sind derart pfuscherhaft unzulänglich, daß sie zur Vorlegung eines aufbauenden Labourprogramms geradezu herausfordern. Und doch geschieht in diesem Sinne nichts Klares, Entscheidendes, Werbendes. Man überlegt sich innerhalb

bestimmter Kreise der Labourführung vielmehr sehr ernsthaft, ob es nicht endlich Zeit wäre, den Fahnenträger der Linken, Aneurin Bevan, überhaupt aus der Partei auszuschließen und so politisch «unschädlich zu machen» – als ob dadurch nicht eine Spaltung heraufbeschworen würde, die Labour auf absehbare Zeit um jede Aussicht auf eine Rückkehr zur Regierung bringen müßte! Die wirkliche Frage bleibt, wie Professor T. Balogh in der Neuyorker «Nation» schreibt, «ob die Partei neue Inspiration und ein neues Programm finden kann oder sich weiter mit der Hoffnung zufrieden geben wird, die Fehler der Konservativen und das unausweichliche Zurückschwingen des politischen Pendels würden ihr aufs neue zur Macht verhelfen.»

Blicke – was die internationale Politik betrifft – noch die Hoffnung auf die *Vereinten Nationen*. Aber davon muß man erst recht schweigen. Die UNO ist, und sei es auch nur im Sinne einer Verhinderung rettenden Handelns, immer noch wesentlich ein Werkzeug der amerikanischen Weltpolitik. Ansätze zu selbständigem Eingreifen der Vereinten Nationen bleiben regelmäßig schon zu Beginn stecken, und wenn je einmal eine Mehrheit zugunsten einer Geltendmachung der UNO-Grundsätze zustandekommt wie in der algerischen oder der südafrikanischen Frage, so antwortet der betroffene Mitgliedstaat – hier also Frankreich und neuerdings die Südafrikanische Union – einfach mit dem Streik. Vielleicht daß die Aufnahme neuer Mitglieder in die Vereinten Nationen darin eine Änderung bringen wird. Seit Wochen und Wochen laboriert ja die UNO-Versammlung an der Wahl eines nichtständigen Mitgliedes des Sicherheitsrates erfolglos herum. Der Sitz war bisher einem osteuropäischen Staat vorbehalten gewesen, und die Sowjetunion schlug nun Polen dafür vor, während der Kandidat Großbritanniens Jugoslawien war. Die Vereinigten Staaten wollten nun aber den Sitz den osteuropäischen Ländern wegnehmen und einem ihrer asiatischen Trabanten, den Philippinen, zuhalten, worauf die Sowjetunion ihren Kandidaten zurückzog und sich für Jugoslawien einsetzte. Im Wettstreit der beiden verbleibenden Kandidaturen vermochte bisher keine die erforderliche Zweidrittelmehrheit zu erlangen, so daß die Wahl immer wieder verschoben werden mußte und der Plan auftauchte, die 18 Staaten, die seit Jahren die Aufnahme in die UNO begehren, endlich aufzunehmen, die Zahl der Sitze im Sicherheitsrat von 11 auf 13 zu erhöhen und einen der beiden neuen Sitze der westmächtlichen Gruppe, den andern einem neutralen Land und den jetzt umstrittenen Sitz einem osteuropäischen Staat zu überlassen. Die Folge wäre, daß die Vereinigten Staaten ihre Mehrheit in der UNO verlören und daß außerdem für China und Indien die Möglichkeit näherrückte, je einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat zu bekommen. Ob eine solche Umwälzung der Mehrheitsverhältnisse in der UNO wirklich bevorsteht, ist heute noch nicht abzusehen. Fest steht für uns nur, daß *ohne* die Ersetzung der von Amerika den westeuropäischen

Staaten aufgedrängten «Politik der Stärke» – des militärischen und wirtschaftlichen Machtdruckes gegenüber der Sowjetunion und der Chinesischen Volksrepublik – durch eine Politik friedlichen Wettbewerbes aller Staats- und Wirtschaftssysteme eine kriegerische Explosion über kurz oder lang unvermeidlich sein wird. Ob es zu einem solchen Umschwung kommen wird – *das* bleibt nach wie vor die entscheidende Probe darauf, ob der so unablässig zitierte «Geist von Genf» eine lebendige Wirklichkeit wird oder nur ein freundlicher Trug ist, mit dem die Gewaltdämonen ihr grausiges Spiel treiben.

13. November.

Hugo Kramer

BUCHBESPRECHUNG

Walter Bienert: Krieg – Kriegsdienst und Kriegsdienstverweigerung. (Nach der Botschaft des Neuen Testaments.) Evangelisches Verlagswerk Stuttgart.

«Nach der Botschaft des Neuen Testaments» sollen die oben genannten Fragen in dieser Schrift behandelt werden. Das wäre eine ganz große Sache, denn die *Botschaft des Neuen Testaments* enthält u. E. in der Tat das entscheidende Wort zu diesen Fragen. Sie ist in umfassender Weise die Friedensbotschaft. Wenn die Schrift von Walter Bienert diesen noch lange nicht genügend erkannten Tatbestand aufzeigt und in vielen Punkten in erfreulicher Weise unterstreicht, so verfehlt sie ihn doch wieder an *entscheidenden* Punkten. Das wird schon offenbar in der «Grundlegung», die «*Krieg und Kreuz*» betitelt ist. Da wird einerseits gesagt, daß «nicht das Anwenden von Gewalt der Kampf der Christen» sei. Und: «Die Haltung des Kreuzträgers (das heißt Jesu) ist folglich auch für die Haltung der Christen maßgeblich. Dann aber gibt es weder durch Jesus noch durch seine Nachfolger einen «Glaubenskrieg», einen «Krieg für den Glauben», einen «Krieg für das Reich Gottes», einen «Krieg für Gott», einen «heiligen Krieg» oder einen «Kreuzzug». «Seit dem Kreuz von Golgatha kann es keinen Krieg für Gott bzw. für die Sache Gottes mehr geben (so sehr das auch im Alten Testament der Fall gewesen sein mag).» Es gibt keinen «christlichen Krieg». Es wird weiter in These 2 gesagt: «Das Kreuz Christi ist als die Quelle des Friedens mit Gott zugleich die Quelle des irdischen Friedens.»

Aber da wird dann in einer *auch wissenschaftlich ganz unzulässigen Weise* unter Berufung auf den Hauptmann und die Soldaten unter dem Kreuz und auf den Hauptmann von Kapernaum, die mit ihren Aussagen und ihrem Verhalten höchstens an der Schwelle des Glaubens stehend durchaus noch nicht als «Nachfolger» Christi – und das allein hieße ja im Vollsinn «Christen» – gezeichnet sind, in einer erschreckend verkehrten (nicht nur «allzu munteren»!) Weise wieder der Krieg und das «Kriegshandwerk», «das auch Christen betreiben können» (!) in die Botschaft des Neuen Testaments hineingenommen, in denen sie nun einmal keinen Ort haben. Was als Verfehlung, Schuld und Sünde gerade am Kreuz und gegenüber dem Kreuz offenbar wird und, unter die Vergebung Christi gestellt, auch die «*Nichtwissenden*» gewiß nicht in der Sünde belassen, sondern nach der wirklichen Botschaft des Neuen Testaments *freimachen* und auf den Weg des Lebens und in den *Gehorsam des Glaubens* (und nicht der Welt!) weisen soll, was als Ausdruck und Tat der «Mächte» dieser Weltzeit (dieses Äons), aus der die «Christen» «*herausgerufen*» werden, deutlich erkennbar ist, das wird nun doch wieder für den «Christen» akzeptiert. Es ist die altbekannte verheerende, aber keineswegs neutestamentliche Begründung. Für